

## Niederschrift

### zur Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2003/2008)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 30.05.2007	18:00 - 19:40 Uhr	Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

#### Anwesenheit

##### **Fraktion Die Linke. PDS Fürstenwalde**

Fiedler, Monika  
 Grasnick, Jürgen  
 Meinel, Maria  
 Nachtigall, Lothar  
 Paschek, Helga  
 Reibsch, Heike

##### **CDU-Fraktion**

Hilke, Rolf  
 Koch, Uwe  
 Lachmann, Hans-Joachim  
 Lehmann, Karin  
 Lohaus, Ursula  
 Petenati, Wolfgang  
 Römer, Marion  
 Teichmann, Jürgen

ab 19.10 Uhr  
 ab 19.45 Uhr

##### **SPD-Fraktion**

Alter, Elisabeth  
 Bluschke, Helga  
 Hemmerling, Rita  
 Knopf, Werner  
 Luban, Jürgen  
 Schulze, Roland  
 Wagner, Elke

##### **FDP-Fraktion**

Hoffrichter, Lothar  
 König, Lutz  
 Rudolph, Waltraud

bis 19.00 Uhr

##### **Bündnis 90/Die Grünen**

Czerwinske, Inge  
 Zänker, Jens-Olaf

##### **Bürgermeister**

Reim, Manfred

## **Verwaltung**

Arnold, Andrea  
Fellner, Anne  
Hengst, Ulrich  
Hoffmann, Ulrich  
Poltz, Andreas  
Roch, Jürgen

Diedrich, Frank

## **Abwesend**

### **Fraktion Die Linke. PDS Fürstenwalde**

Gollmer, Martin  
Sachse, Gerold  
Wobring, Karsten

### **CDU-Fraktion**

Pohl, Heiko

### **FDP-Fraktion**

Ksink, Reinhard

### **Verwaltung**

Daske, Bernd  
Schickert, Andrea

## **TOP 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass die Ladungen fristgemäß erfolgt sind und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist. Von den 31 Abgeordneten sind 26 und der Bürgermeister anwesend.

## **TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 30. Sitzung (Sondersitzung)**

Die Niederschrift der 30. Sitzung (Sondersitzung) wird bestätigt. Einwände zur Niederschrift liegen nicht vor.

**Zustimmung Ja 22 Enthaltung 3**

## **TOP 3 Anträge zur Tagesordnung**

Zur vorliegenden Tagesordnung wird zusätzlich der Antrag des Integrationsbeirates mit aufgenommen und als Tagesordnungspunkt 7.6. beraten.

**Zustimmung Ja 25**

#### **TOP 4      Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung wird in der geänderten Fassung bestätigt.

**Zustimmung Ja 25**

#### **TOP 5      Informationen des Vorsitzenden**

Informationen des Vorsitzenden liegen nicht vor.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung nutzt die Gelegenheit und bedankt sich bei allen, die an der Vorbereitung und Durchführung des Fürstenwalder Frühlingsfest beteiligt waren. Es war ein gelungenes Fest und fand bei Besuchern unserer Stadt und den Fürstenwalderinnen und Fürstenwaldern eine große Resonanz.

#### **TOP 6      Informationen des Bürgermeisters**

Informationen des Bürgermeisters liegen nicht vor.

#### **TOP 7      Drucksachen öffentliche Sitzung**

##### **TOP 7.1    Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Unterstützung von Mobilität**

**Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt einen Antrag auf Unterstützung von Mobilität.**

Der Antrag liegt den Abgeordneten schriftlich vor.

Er lautet wie folgt:

Die Fraktion beantragt hiermit, im Haushalt der Stadt Fürstenwalde 2007 den Betrag von 2330,00 € zweckgebunden einzustellen. Die beiden Fürstenwalder Einrichtungen von Caritas „Regionalstelle“ und Diakonie „Haus Hoffnung“ sollen damit zu gleichen Teilen übertragbare Fahrkarten des VBB, zum Ausleihen an Menschen mit geringer Finanzlage, die in Fürstenwalde leben, bereitstellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Mittel als freiwillige Ausgabe im Haushalt 2007 einzustellen. Eine mögliche Deckungsquelle ergibt sich in der Veränderung der HH-Position „Aufbauschule“.

Abgeordnete Wagner legt den Standpunkt der SPD-Fraktion dar, die der Auffassung ist, den Antrag in den Kultur- und Sozialausschuss zu verweisen. Im Ergebnis der Beratung des Kultur- und Sozialausschusses ergibt sich dann vielleicht die Möglichkeit, dafür eine gewisse Summe für diesen Zweck bereitzustellen.

Der Fachbereichsleiter für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen, Herr Politz, bemerkt dazu, dass es sich in dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen eigentlich um einen kleinen Betrag handelt, der aber trotzdem im Haushalt 2007 nicht zur Verfügung steht. Die Verwaltung steht dem Anliegen durchaus positiv gegenüber.

Herr Politz unterbreitet den Vorschlag, sobald es im Laufe des Jahres im Fachbereich zu überplanmäßigen Einnahmen kommen sollte, diese Summe für die Mobilitätsunterstützung zu verwenden. Mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise der Verwaltung ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einverstanden.

#### **Beschluss:**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, im Haushalt der Stadt Fürstenwalde 2007 den Betrag von 2330,00 € zweckgebunden einzustellen. Die beiden Fürstenwalder Einrichtungen von Caritas „Regionalstelle“ und Diakonie „Haus Hoffnung“ sollen damit zu gleichen Teilen übertragbare Fahrkarten des VBB zum Ausleihen an Menschen mit geringer Finanzlage, die in Fürstenwalde leben, bereitstellen.

Die Summe von 2330,00 € steht der Stadt im Haushalt 2007 nicht zur Verfügung. Die Stadt wird, sobald es im Laufe des Jahres zu überplanmäßigen Einnahmen kommen sollte, die Summe für die Mobilitätsunterstützung verwenden.

**Zustimmung Ja 24 Enthaltung 1**

#### **TOP 7.2 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS Einrichtung einer Schulsozialarbeiterstelle an der Grundschule "Sieg- mund Jähn"**

##### **Der Antrag der Linkspartei. PDS zur Einrichtung einer Sozialarbeiterstelle an der Grundschule „Siegmund Jähn“ lautet wie folgt:**

Die Fraktion Die Linke beantragt die Einrichtung einer Schulsozialarbeiterstelle an der Grundschule „Siegmund Jähn“ zum Schuljahr 2007/08. Zur Einrichtung dieser Stelle werden die erforderlichen Gelder in den Haushalt 2007 eingestellt.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Abgeordnete Wagner

Die SPD-Fraktion hat den Antrag der Linkspartei. PDS ausführlich diskutiert und ist zu der Übereinstimmung gelangt, dass auf Grund des hohen Anteils an Migranten an der Schule die Notwendigkeit der Einführung einer Sozialarbeiterstelle gegeben ist. Vielleicht besteht die Möglichkeit, die Sozialarbeiterstelle durch eine ABM-Stelle abzusichern.

**Die SPD-Fraktion stellt den weitergehenden Antrag**, die Bereitstellung der notwendigen Mittel für eine Schulsozialarbeiterstelle an der Grundschule „Siegmund Jähn“ im Haushalt 2007 für vier Monate, versehen mit einem Sperrvermerk, einzustellen bis zur endgültigen Klärung der Sachlage im Kultur- und Sozialausschuss.

Dazu äußert sich der Fachbereichsleiter Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen, Herr Politz. In der Stadt Fürstenwalde war bislang für die Grundschulen eine Sozialarbeiterstelle vorhanden. Diese Stelle existiert nicht mehr, weil sie nicht finanzierbar ist. Herr Politz ist der Auffassung, dass mit der Einrichtung einer Schulsozialarbeiterstelle an der 5. Grundschule in Nord eine Situation geschaffen würde, die eine Ausnahmesituation darstellt. Das ist nicht zu vertreten, da die anderen Grundschulen dabei benachteiligt werden. Herr Politz befürchtet auch, dass dadurch ein Präzedenzfall geschaffen werde.

Herr Politz hält den Antrag für durchaus entscheidungsreif, würde ihn aber aus den genannten Gründen nicht befürworten.

Abgeordnete Fiedler, als Vorsitzende des Kultur- und Sozialausschusses, bemerkt dazu, dass bei einem Besuch mit dem Sozialausschuss in der 5. Grundschule, die Schulleiterin informierte, dass ab Mai 2007 die ABM-Maßnahme für den Schulsozialarbeiter entfällt.

Dazu bemerkt Abgeordnete Fiedler, dass eine ABM-Stelle immer problematisch ist, weil sie nicht bleibend ist. Auf diesem Gebiet sollte doch eine gewisse Kontinuität vorhanden sein.

Des weiteren spricht Abgeordnete Fiedler die finanziellen Mittel an. Durch die Schließung des Städtischen Gymnasiums zum Ende des Schuljahres 2007/08 müssten Mittel ab August 2007 zur Verfügung stehen.

Abgeordnete Fiedler ist nicht der Meinung, dass es für andere Grundschulen eine Benachteiligung wäre, sondern viel mehr ein Anfang auch in anderen Grundschulen ähnliche Stellen einzurichten.

Herr Politz noch einmal zu den Äußerungen der Abgeordneten Fiedler.

Die ab Mai 2007 wegfallende Maßnahme für den Schulsozialarbeiter an der 5. Grundschule war keine ABM-Maßnahme, sondern eine SVT-Stelle. Die ABM-Maßnahme wurde jetzt in Fortsetzung der SVT-Stelle beantragt. Durch die Schließung des Städtischen Gymnasiums zum Ende des Schuljahres 2007/08 stehen der Stadt keine Mittel mehr zur Verfügung, die für die Ausgaben des Städtischen Gymnasiums bestimmt waren.

Für die CDU-Fraktion spricht der Vorsitzende, Abgeordneter Petenati.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, hier keinen Präzedenzfall zu schaffen und stimmt dem Antrag der Linkspartei. PDS nicht zu.

Der Bürgermeister, Herr Reim, hält es auch für bedenklich, den Ruf einer Schule von 4 Grundschulen zu folgen. Sollte in der Zukunft zu erkennen sein, dass mehrfach eine Sozialarbeit notwendig ist, dann wird die Stadt konzeptionell und gründlich abwägen, wo die Prioritäten zu setzen sind.

**Es erfolgt die Abstimmung zum weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion.**

**Der Antrag lautet:**

**Die Bereitstellung der notwendigen Mittel für eine Schulsozialarbeiterstelle an der Grundschule „Siegfried Jähn“ im Haushalt 2007 für vier Monate, versehen mit einem Sperrvermerk, einzustellen, bis zur endgültigen Klärung der Sachlage im Kultur- und Sozialausschuss.**

**Zustimmung Ja 15 Nein 8 Enthaltung 2**

**TOP 7.3 Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS  
Einstellung von Geldern zur Unterstützung von Einwohnern und Familien mit geringem oder keinem eigenen Einkommen**

**Der Antrag der Linkspartei. PDS** zur Einstellung von Geldern zur Unterstützung von Einwohnern und Familien mit geringem oder keinem eigenen Einkommen lautet wie folgt:

Die Fraktion Die Linke beantragt die Einstellung von 100.000 Euro in den Haushalt 2007, um sozial benachteiligten Einwohnern, Bürgern und Familien (ALG II – und Sozialgeldempfänger, Empfänger der Grundsicherung im Alter, Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Bürger mit sehr geringem Einkommen) eine Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben der Stadt zu ermöglichen.

**Ablehnung Ja 6 Nein 19**

**TOP 7.4 Verabschiedung der Haushaltssatzung 2007**

**4/435/1**

Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, informiert noch einmal ausführlich in seiner Haushaltsrede über die Erstellung des Haushaltes 2007 .

Dabei bemerkt Herr Hengst, dass den ordentlichen Erträgen von 40.974.750 €, an ordentlichen Aufwendungen von 42.393.350 € gegenüber stehen. Daraus ergibt sich ein Defizit von 1.418.600 €.

Unter Einbeziehung des Finanzergebnisses von 443.300 € weist das ordentliche Ergebnis ein Defizit von 1.861.900 € aus. In die Bewertung dieses Ergebnisses muss einbezogen werden, dass erstmalig die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten von 2,8 Mio. €, sowie die Aufwendungen für die Abschreibungen von 4,8 Mio. € enthalten sind. Das Defizit von 2,0 Mio. € wird mit dem ordentlichen Ergebnis leicht unterschritten, was bedeutet, dass es 2007 gelungen ist, zumindest einen kleinen Teil des Werteverzehrs zu erwirtschaften. In den nächsten Jahren wird es bereits gelingen, voraussichtlich dieses Ergebnis wesentlich zu verbessern. Insbesondere die höheren Schlüsselzuweisungen und die geringere Kreisumlage stehen 2008, bei sonst gleichbleibenden Rahmenbedingungen, für ein positives Ergebnis von fast 2,1 Mio. €.

Auf einzelne Ansätze der Erträge und Aufwendungen geht Herr Hengst nicht ein, da diese ausführlich im Vorbericht und in den dazugehörigen Anmerkungen beschrieben und erläutert sind.

Der Verwaltung ist es gelungen keine Einschränkungen im freiwilligen Bereich vorzunehmen. Eine entsprechende Übersicht ist im Vorbericht in der Anlage 4 zu finden.

Dabei werden Mehrausgaben in Höhe von 100.000 € ausgewiesen, hiervon profitieren in erster Linie die Stadtbibliothek, das Museum, die Förderung der Wohlfahrtspflege und der Sportbereich. Für die Realisierung neuer Objekte werden rund 5,5 Mio. € vorgesehen. Für die laufende Tilgung von Krediten werden rund 500.000 € eingeplant.

Geprägt wird das Haushaltsjahr 2007 im investiven Bereich. Durch den Rückkauf der Feuerwache, durch Rückkauf der Sporthalle in Süd, die Übernahme des Baugebietes Neue Gartenstraße, sowie der Erfüllung der Verbindlichkeiten gegenüber der Wohnungswirtschaft. Das sind die Positionen die eine Kreditaufnahme in Höhe von 13,5 Mio. € erforderlich machen werden. Herr Hengst weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass es hier nicht um das Eingehen neuer Verpflichtungen geht, sondern um die Umfinanzierung bzw. um die Ablösung bereits vorhandener Verpflichtungen. Eine zusätzliche Belastung für den Haushalt ist damit nicht verbunden.

Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, bittet die Abgeordneten, der vorgelegten Haushaltssatzung mit den Anlagen in der aktuellen Fassung ihre Zustimmung zu geben.

Die CDU-Fraktion:

Abgeordneter Petenati bemerkt, dass der Erstellung des Haushaltes 2007 eine aufwendige Erfassung des Grundvermögens der Stadt voraus geht. Die Erstellung der Eröffnungsbilanz zeigt, was für eine aufwendige Arbeit dahinter steckt. Die CDU-Fraktion bedankt sich bei allen Mitarbeitern, die an der Erarbeitung des Haushaltes 2007 beteiligt waren. Man kann sagen, das vorgelegte Ergebnis kann sich sehen lassen. Mit der Erstellung der Eröffnungsbilanz wurden die Voraussetzungen geschaffen, den Haushalt der Stadt Fürstenwalde für das Jahr 2007 in einer neuen Form der Finanzverwaltung und Bewirtschaftung zu präsentieren. Dazu zählt die Stadt Fürstenwalde zu einer der ersten Städte im Land Brandenburg. Die CDU-Fraktion begrüßt es auch sehr, dass im Haushalt 2007 die Verlegung der Regenwasserleitung in der Langen Straße mit aufgenommen wurde.

Kritisch merkt die CDU-Fraktion das Problem der Kreisumlage an. Von dem Jahr 2000 bis 2007 wurde die Kreisumlage um 33,5 % erhöht. Diese ist zur Zeit höher als die Schlüsselzuweisungen, die die Stadt vom Land erhält. Die CDU-Fraktion bittet darum, die Kreistagsfraktionen in die Pflicht zu nehmen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Die CDU-Fraktion stimmt der vorliegenden Haushaltssatzung 2007 zu.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt der vorliegenden Haushaltssatzung 2007 ihre Zustimmung. Die Fraktion ist der Auffassung, dass die vorgelegte Haushaltssatzung eine gute Grundlage für die weitere kommunale Arbeit darstellen wird. Kulturelle und soziale Belange finden im Haushalt ihre Berücksichtigung. Obwohl hohe Einnahmen von rund 40,0 Mio. € erwartet werden können, haben sich bei der Erstellung des Haushaltes Probleme gezeigt. Aus der Sicht der Fraktion sind die Ursachen dafür Finanzierungsfragen, die in der Vergangenheit entstanden sind, nämlich die Finanzierung der Fondsobjekte. Die Fraktion vertritt die Meinung, dass finanzielle Entscheidungen den Handlungsspielraum für die Abgeordneten auch zukünftig sichern müssen.

Abgeordneter Zänker bemerkt, dass auch zukünftige Investitionen etwas mehr für die Kultur und Bildung, als in Beton getätigt werden sollten.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit und die Einführung des modernen Haushaltswesens.

Die SPD-Fraktion

Bei der heutigen Verabschiedung der Haushaltssatzung 2007 erfolgt auch die Verabschiedung von vertrauten alten Darstellungsweisen des Kommunalhaushaltes. Der doppische Haushalt verbessert grundlegend die Möglichkeiten der Stadt, knappere Ressourcen auf der Grundlage einzelner Informationen zum Wohle der Stadt einzusetzen. Die SPD-Fraktion hat sich in ihrer Haushaltsberatung darauf konzentriert, Bereiche zu analysieren, in denen nach Ansicht der SPD-Fraktion sowohl aus politischer als auch aus finanzieller Sicht dringender Handlungsbedarf besteht.

Die SPD-Fraktion ist der Überzeugung, dass die Trockenlegung der Langen Straße ein dringend notwendiges Bauvorhaben ist, welches nicht in das nächste Jahr verschoben werden darf. Die Fraktion begrüßt ausdrücklich die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel für diese Maßnahme im Haushalt 2007. Weiter bemerkt Abgeordnete Wagner, dass auch Bildung und Familie ein Schwerpunkt der SPD Politik in der Stadt Fürstenwalde ist. Im Zuge des demographischen Wandels muss die Stadt Fürstenwalde auch in Zukunft für Familien attraktiv bleiben. Die SPD-Fraktion hält ein Programm verschiedener Maßnahmen mit mehr Leistungen für Familien und einen Ausbau von Bildungsangeboten für notwendig. Auch das Angebot einer weiteren Ganztagschule in unserer Stadt ist eine gute Sache.

Angesichts der Tatsache, dass immer mehr Eltern an Grundschulen und im Sekundarbereich Beratung und Hilfe bei der Erziehung benötigen, ist ein Ausbau von Beratungsangeboten für Familien unverzichtbar. Der Wechsel vom kameralen Haushalt zum doppischen Haushalt hat die Fraktion veranlasst, den Prozess des Bürgerhaushaltes zu vertagen. Auch die SPD-Fraktion bedankt sich bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit, die zur Einführung des doppischen Haushaltes beigetragen hat und stimmt der Haushaltssatzung 2007 zu.

Die Linkspartei. PDS

Zu Beginn der Ausführungen der Abgeordneten Paschek, geht auch ein Dank an die Verwaltung, an die vielen fleißigen Hände, die an der Erstellung der Haushaltssatzung 2007 beteiligt waren. Ein wichtiges Anliegen der Linkspartei. PDS war auch die Trockenlegung der Langen Straße. Die Fraktion begrüßt es, dass im neuen Haushaltswesen viel transparenter zu kennen ist, wie das Produkt aussieht, was bearbeitet wird, wer verantwortlich ist und wie die Leistungsbeschreibung ist. Das sieht die Linkspartei. PDS als einen Vorteil an. Der Haushalt 2007 macht deutlich, dass die Kreisumlage eine Größe ist, mit der man nicht einverstanden sein kann. Die Stadt Fürstenwalde hat großen Mut bei der Einführung der Doppik als erste Stadt im Land Brandenburg bewiesen, warum ist die Stadt nicht auch mutig, um zu sagen, dass Kreisumlagen so nicht gebildet werden können. Andere Kommunen machen es uns vor. Dass die freiwilligen Leistungen um 100.000 € überschritten werden, ist eine positive Sache. Die freiwilligen Leistungen sollten verstärkt nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in den nächsten Jahren in Richtung Förderung der Kinder gehen. Auch an die einkommensschwachen Bürger in unserer Stadt sollten sich die freiwilligen Leistungen wenden.

Die Einführung des Sozialpasses in der Stadt Fürstenwalde hat leider keine politische Mehrheit gefunden. Die Kreditaufnahme, die die Problematik der Bauablösungen betrifft, wird von der Linkspartei ausdrücklich begrüßt. Positiv zu bewerten ist auch die Entwicklung der Gewerbesteuern. Auch wenn der Haushalt 2007 nicht ausgeglichen ist, denkt die Linkspartei, dass es ein Haushalt ist, der sich sehen lassen kann und zustimmungswürdig ist.

Die FDP-Fraktion sieht die Erarbeitung des neuen doppischen Haushaltes als sehr gelungen an und bedankt sich in dem Zusammenhang auch bei den Mitarbeitern der Verwaltung.

Abgeordneter Hoffrichter ist der Auffassung, dass es sich im Laufe des Jahres dann zeigen wird, wie erfolgreich sich die Umsetzung des neuen Haushaltswesens entwickelt hat. Die FDP-Fraktion sieht auch als ein großes Problem die Erhöhung der Kreisumlage an. Die Fraktion appelliert deshalb an den Kreis und an das Land darüber zu beraten, wie den Kommunen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung 2007 nebst Anlagen in der vorgelegten Form.

**Zustimmung Ja 23 Enthaltung 2****TOP 7.5 Feststellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Fürstenwalde zum 1.1.2007 4/457**

Der Erste Beigeordnete, Herr Hengst, gibt eine kurze Erläuterung zur vorliegenden Drucksache.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf der Eröffnungsbilanz vom 1.1.2007 zur Kenntnis und beschließt die vorläufige Feststellung.

**Zustimmung Ja 25****TOP 7.6 Antrag des Integrationsbeirates, hier: Befürwortung der Stadtverordnetenversammlung in der Frage der Umstellung auf Bargeld für geduldete Flüchtlinge und Asylbewerber in Übergangwohnheimen (§ 3 AsylbLG)**

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung informiert, dass alle Fraktionen, der Bürgermeister und auch der Vorsitzende durch den Integrationsbeirat angeschrieben wurden. Der Antrag des Integrationsbeirates besteht in der Befürwortung der Stadtverordnetenversammlung in der Frage der Umstellung auf Bargeld für geduldete Flüchtlinge und Asylbewerber in Übergangwohnheimen (§ 3 AsylbLG), der in einem Schreiben an den Landrat, Herrn Zalenga, dargelegt wird. Die Stadt ist in dem Fall nicht die zustimmende Behörde, sondern der Landkreis. Der Integrationsbeirat bittet die Stadtverordnetenversammlung den Antrag zu befürworten und das Problem dem Landrat vorzutragen. Durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung wird das Schreiben mit Zustimmung der Abgeordneten unterschrieben und an den Landkreis, Landrat Herrn Zalenga, gesandt.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde befürwortet, den Antrag des Integrationsbeirates in der Frage der Umstellung auf Bargeld für geduldete Flüchtlinge und Asylbewerber in Übergangwohnheimen (§ 3 AsylbLG) dem Landkreis vorzutragen.

**Zustimmung Ja 22 Enthaltung 4****TOP 8 Anfragen der Abgeordneten**

Abgeordnete Wagner spricht das Problem der veralteten Frischwasserleistungen in der Hegelstraße bzw. Schellingstraße an, da es in letzter Zeit des öfteren zu Rohrbrüchen kam. Abgeordnete Wagner bittet den Bürgermeister in seiner Funktion als Vorsteher des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland um eine Information.

Zu der Anfrage erhält Abgeordnete Wagner eine schriftliche Information.



Abgeordneter Luban hat eine Anfrage zur Weichselkirsche am Grasnickbrunnen, die durch den Sturm in den letzten Tagen stark beschädigt wurde. Von der Weichselkirsche war ein Ast abgebrochen und Abgeordneter Luban möchte wissen, was die Stadt für Maßnahmen eingeleitet hat.

Dazu antwortet die Beigeordnete, Frau Fellner.

Es wurde ein Baumgutachter hinzugezogen und in einem Vororttermin wurden 3 Maßnahmen festgelegt. Zum einen wurde ein leichter Verschnitt vorgenommen und der Stamm wurde an zwei Stellen durch jeweils 2 Bolzen stabilisiert und drittens wird eine Stütze für den Ast des Baumes aufgestellt.

Abgeordnete Czerwinske möchte allen Beteiligten, die an der Einweihung des neuen Museums beteiligt waren Danksagen und hier im besonderen der Beigeordneten, Frau Fellner und dem Fachbereich 6, Herrn Roch.

Die zweite Anfrage der Abgeordneten Czerwinske bezieht sich auf das an das Bildungsministerium des Landes Brandenburg zur Problematik –Eröffnung von siebten Klassen an der 1. Oberschule in Fürstenwalde- gerichtete Schreiben. Sie möchte wissen, ob der Stadt dazu ein Antwortschreiben vom Bildungsministerium vorliegt.

Dazu bemerkt der Fachbereichsleiter für Soziales und Bildung, Herr Politz, dass der Verwaltung vom Bildungsministerium weder eine Eingangsbestätigung des Schreibens, noch eine Antwort vorliegt. Die Stadt wird sich noch einmal an das Bildungsministerium mit einer Nachfrage wenden.

## **TOP 9 Informationen der Verwaltung**

Die Beigeordnete, Frau Fellner, informiert, dass am 29.5.2007 eine Anlaufberatung mit der Baufirma, die mit den Baumaßnahmen der B 168 nach Trebus beauftragt wurde, stattfand. Die vorbereitenden Arbeiten sind ab Mitte Juni geplant. Dabei werden die ersten Baumaßnahmen mit der Sanierung des Siebweges beginnen. Im Jahr 2007 wird noch einmal am Damm direkt am Trebuser See mit Baumaßnahmen begonnen und im Anschluss daran in den Ort hinein weitergeführt, so dass die Abzweigung nach Molkenberg noch relativ lang befahrbar sein wird.

Die Verwaltung hat dem Straßenverkehrsamt den Vorschlag unterbreitet, für den erhöhten Verkehr, der durch die Baumaßnahmen in Richtung Trebus über die Ernst-Thälmann-Straße in die Hegelstraße einmündend, entstehen wird, eine provisorische Ampel aufzustellen. Dieser Vorschlag wurde vom Straßenverkehrsamt nicht genehmigt. Das Straßenverkehrsamt möchte hierzu erst einmal eine Prüfung vornehmen.

Zur heutigen Stadtverordnetenversammlung übergibt die Beigeordnete, Frau Fellner, den Abgeordneten eine Broschüre mit dem Titel „Fürstenwaldes Mitte Innenstadt mit Vergangenheit und Zukunft“. In dem Zusammenhang lädt die Beigeordnete auch alle Abgeordneten zum Spreeuferfest am 1. Juni 2007, um 15.30 Uhr ein.

## **TOP 10 Beendigung der öffentlichen Sitzung**

Die öffentliche Sitzung wird beendet. Die Niederschrift umfasst 9 Seiten.

Jürgen Teichmann  
Vorsitzender

Schriftführer